

II 11979 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5862 10

A N F R A G E

1993 -12- 17

der Abgeordneten Mag. Haupt, Dr. Haider, Dolinschek, Dkfm. Hochsteiner, Huber
an den Herrn Bundeskanzler

betreffend Gutachten des BKA-Verfassungsdienst und Regierungsposition zum geplanten Kärntner
Landesfeiertag am 10. Oktober

Im Sozialausschuß vom 4. 11. 1993 wurde beschlossen über die verfassungsrechtlichen Seiten eines
Landesfeiertages ein Gutachten des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst einzuholen. Das BKA
wurde am 8. 11. 1993 vom Präsidenten des Nationalrates ersucht die Rechtslage zur
gegenständlichen Frage zu erörtern.

Die Ausschußvorsitzende Frau Abg. Hostasch war sich - vermutlich nach Rücksprache mit dem
BKA - sicher, daß der Verfassungsdienst noch im Dezember die gewünschte Unterlage zur
Verfügung stellen wird, und daher eine weitere Behandlung im Ausschuß noch 1993 möglich wäre.
Tatsache ist, daß bis dato kein Schreiben des Verfassungsdienstes eingelangt ist. Dies wäre aber
dringend geboten, da ein solches Rechtsgutachten wesentliche Grundlage zur Entscheidung des
Sozialausschusses ist, dessen Aktivitäten in dieser Sache auch auf Grund des Fehlens der
verfassungsrechtlichen Beurteilung ruhen.

In anderen Angelegenheiten war der Verfassungsdienst viel schneller in der Lage ein
Rechtsgutachten zu erstellen. So etwa in der Angelegenheit einer Klubgründung. In diesem Fall hatte
der Präsident des Nationalrates mit Schreiben vom 9. 2. 1993 den BKA-Verfassungsdienst ersucht,
zur Frage einer Klubbildung im Nationalrat ein Gutachten zu erstellen. Diesem Ersuchen ist der
Verfassungsdienst bereits 8 Tage später mit dem Gutachten vom 17. 2. 1993 (GZ. 600.615/1-
V/1/93) nachgekommen.

Nach Meldungen der "Kärntner Neuen Kronen Zeitung" soll es einen "Geheimvertrag" zwischen
Mitgliedern der Bundesregierung geben, in dem der einstimmige Beschluß der Kärntner
Landesregierung und des Kärntner Landtages auf Festlegung des 10. Oktobers als Landesfeiertag,
abgelehnt bzw. wesentlich ausgehöhlt werden soll.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler
nachstehende

Anfrage:

1. Bis wann wird der BKA-Verfassungsdienst ein Gutachten über die verfassungsrechtlichen Seiten
eines Landesfeiertages in Kärnten erstellt haben?
2. Wann wird dieses Gutachten dann dem Parlament zukommen?
3. Warum ist der BKA-Verfassungsdienst bei weitaus schwierigeren Rechtsproblemen, wie der
Klubbildung im Parlament, in der Lage innerhalb von 8 Tagen ein Rechtsgutachten zu erstellen?

4. Gibt es in der Angelegenheit 10. Oktober einen "Geheimvertrag", eine andere Art von Vereinbarung zwischen den Regierungsmitgliedern?

a. Wenn nein, warum wurde die Berichterstattung der "Kärntner Neuen Kronen Zeitung" dann nicht von Ihnen, als Vorsitzenden der Bundesregierung, dementiert?

b. Wenn ja:

Wer hat diese Vereinbarung ausgehandelt?

Wer hat diese Vereinbarung unterschrieben?

Welchen Inhalt hat diese Vereinbarung?

Werden Sie diese Vereinbarung dem Parlament und der interessierten Kärntner Öffentlichkeit zur Verfügung stellen?